

WCM Beteiligungs- und Grundbesitz-Aktiengesellschaft
Frankfurt am Main

Veröffentlichung des Beschlusses über die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder gemäß § 113
Abs. 3 Satz 5 i.V.m. § 120a Abs. 2 AktG

Die ordentliche Hauptversammlung der WCM Beteiligungs- und Grundbesitz-Aktiengesellschaft hat am 29. Dezember 2021 entsprechend dem Vorschlag von Vorstand und Aufsichtsrat unter über die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder, einschließlich des dieser zugrundeliegenden Vergütungssystems, beschlossen.

Der vollständige Wortlaut des Beschlusses und des Vergütungssystems ergibt sich aus Tagesordnungspunkt 6 „Beschlussfassung über die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder“ der im Bundesanzeiger vom 19. November 2021 veröffentlichten Tagesordnung der ordentlichen Hauptversammlung 2021.

Beschluss und Vergütungssystem werden nachfolgend noch einmal wiedergegeben:

6. Beschlussfassung über die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder

Gemäß § 113 Absatz 3 Aktiengesetz hat die Hauptversammlung einer börsennotierten Gesellschaft mindestens alle vier Jahre über die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder Beschluss zu fassen. Ein die Vergütung bestätigender Beschluss ist zulässig. Die erstmalige Beschlussfassung hat gemäß der gesetzlichen Übergangsregelungen spätestens bis zum Ablauf der ersten ordentlichen Hauptversammlung, die auf den 31. Dezember 2020 folgt, zu erfolgen.

Die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder ist in § 11 der Satzung der Gesellschaft geregelt und wurde zuletzt durch die außerordentliche Hauptversammlung vom 17. November 2017 geändert. § 11 der Satzung sowie das der darin geregelten Vergütung zugrundeliegende Vergütungssystem finden sich im Anschluss an die Tagesordnung unter Ziffer IIIIIII.

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder gemäß § 11 der Satzung der Gesellschaft, einschließlich des Vergütungssystems welches dieser zugrunde liegt und das in der Einladung zur ordentlichen Hauptversammlung im Anschluss an die Tagesordnung unter Ziffer III zu finden ist, zu bestätigen.

Der Beschlussvorschlag wurde mit folgendem Ergebnis angenommen:

147.249.649	Aktien, für die gültige Stimmen abgegeben wurden (= 97,85% des Grundkapitals.	
147.232.710	Ja-Stimmen	99,9884 %
16.939	Nein-Stimmen	0,0116 %

Das Vergütungssystem ist, wie unter Punkt III. der Einberufung zur ordentlichen Hauptversammlung dargestellt, wie folgt ausgestaltet:

III. Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder (Tagesordnungspunkt 6)

1. Zielsetzung der Vergütung und Bezug zur Geschäftsstrategie

Das System zur Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder richtet sich nach den gesetzlichen Vorgaben und berücksichtigt die Empfehlungen und Anregungen des Deutschen Corporate Governance Kodex. Die Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats soll insgesamt ausgewogen sein und in einem angemessenen Verhältnis zu Verantwortung und Aufgaben der Aufsichtsratsmitglieder und zur Lage der Gesellschaft stehen, wobei auch die Vergütungsregelungen anderer großer börsennotierter Gesellschaften berücksichtigt werden sollen. Zugleich leistet eine angemessene und sachgerechte Vergütung einen wichtigen Beitrag im Wettbewerb um herausragende Persönlichkeiten zur Besetzung des Aufsichtsrats und damit für die bestmögliche Überwachung und Beratung des Vorstands. Diese wiederum sind Voraussetzung für einen langfristigen Unternehmenserfolg.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten entsprechend der Empfehlung G.18 des Deutschen Corporate Governance Kodex eine rein funktionsbezogene Festvergütung. Eine erfolgsorientierte Vergütung sowie finanzielle oder nichtfinanzielle Leistungskriterien sind nicht vorgesehen. Hierdurch wird der unabhängigen Kontroll- und Beratungsfunktion des Aufsichtsrats, die nicht auf den kurzfristigen Unternehmenserfolg, sondern auf die langfristige Entwicklung der Gesellschaft ausgerichtet ist, am besten Rechnung getragen. Der Umfang der Arbeitsbelastung und des Haftungsrisikos der

Aufsichtsratsmitglieder entwickelt sich in aller Regel unabhängig vom geschäftlichen Erfolg des Unternehmens beziehungsweise von der Ertragslage der Gesellschaft.

2. Festsetzung und Verfahren zur Überprüfung der Aufsichtsratsvergütung

Die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder, der das hier beschriebene Vergütungssystem zugrunde liegt, ist in § 11 der Satzung der Gesellschaft geregelt. Dieser lautet wie folgt:

„ § 11 Vergütung

(1) Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten ab dem 1. Januar 2018 eine feste jährliche Vergütung von EUR 20.000,00, der stellvertretende Vorsitzende das Doppelte und der Vorsitzende das Dreifache des vorgenannten Betrages.

Die vorgenannten Vergütungen sind jeweils nach Ablauf des Geschäftsjahres zahlbar. Aufsichtsratsmitglieder, die dem Aufsichtsrat nur während eines Teils des Geschäftsjahres angehören, erhalten für dieses Geschäftsjahr eine zeitanteilige Vergütung.

(2) Daneben werden dem Aufsichtsrat Auslagen, die mit der Aufsichtsrats Tätigkeit zusammenhängen, sowie die auf die einzelne Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder entfallende Umsatzsteuer erstattet.

(3) Die Mitglieder des Aufsichtsrats, die einem Ausschuss im Sinne des § 7 Absatz 4 [der Satzung] angehören, erhalten über die Vergütung nach Absatz 1 hinaus keine zusätzliche Vergütung.“

Das Vergütungssystem und die Regelungen zur Vergütung im Einzelnen werden anlassbezogen durch den Aufsichtsrat und den Vorstand auf ihre Angemessenheit überprüft. Zu der Überprüfung können unabhängige externe Vergütungsberater hinzugezogen werden. Bei Bedarf schlagen Vorstand und Aufsichtsrat der Hauptversammlung eine geeignete Anpassung der Vergütung vor. Mindestens alle vier Jahre sowie im Fall von Vorschlägen zur Änderung der Vergütungsregelungen beschließt die Hauptversammlung über die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder. Die Hauptversammlung kann das jeweils bestehende System der Aufsichtsratsvergütung bestätigen oder einen Beschluss zur Änderung fassen. Der Hauptversammlung obliegt die Entscheidung über die Ausgestaltung des Vergütungssystems und die

Vergütung. Findet die der Hauptversammlung zur Beschlussfassung vorgelegte Aufsichtsratsvergütung nicht die erforderliche Mehrheit, so ist spätestens in der darauffolgenden ordentlichen Hauptversammlung eine überprüfte Aufsichtsratsvergütung vorzulegen.

Entsprechende Beschlussvorschläge an die Hauptversammlung werden gemäß der gesetzlichen Kompetenzordnung von Vorstand und Aufsichtsrat unterbreitet um eine wechselseitige Kontrolle der beiden Gesellschaftsorgane zu ermöglichen.

Aufgrund der besonderen Natur der Aufsichtsratsvergütung, die für eine Tätigkeit gewährt wird, die sich grundlegend von der Tätigkeit der Arbeitnehmer der Gesellschaft und des WCM-Konzerns unterscheidet, kommt bei der Überprüfung und Festsetzung der Vergütung ein sogenannter vertikaler Vergleich mit der Arbeitnehmervergütung nicht in Betracht. Dementsprechend ist auch die Festlegung eines Kreises von Arbeitnehmern, die in einen solchen Vergleich einzubeziehen sind, entbehrlich.

Seit der Änderung des Aktiengesetzes durch das Gesetz zur Umsetzung der zweiten Aktionärsrechterichtlinie (ARUG II) ergibt sich aus § 113 Absatz 3 Satz 1 Aktiengesetz, dass die Hauptversammlung mindestens alle vier Jahre über die Vergütung der Verwaltungsratsmitglieder Beschluss zu fassen hat, wobei auch ein die Vergütung bestätigender Beschluss zulässig ist. Vorstand und Aufsichtsrat werden daher der Hauptversammlung spätestens alle vier Jahre die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder zur Beschlussfassung vorlegen und in diesem Rahmen eine Analyse der Vergütung vornehmen. Sofern Anlass besteht, die Vergütung zu ändern, wird die Verwaltung der Hauptversammlung in diesem Zusammenhang auch einen Vorschlag für eine entsprechende Änderung von § 11 der Satzung der Gesellschaft vorlegen. Findet die der Hauptversammlung zur Beschlussfassung vorgelegte Vergütung nicht die erforderliche Mehrheit, so ist spätestens in der darauffolgenden ordentlichen Hauptversammlung eine überprüfte Vergütung vorzulegen.

Es liegt in der Natur der Sache, dass die Mitglieder des Aufsichtsrats in die Ausgestaltung der für sie maßgeblichen Vergütung und des dieser zugrundeliegenden Vergütungssystems eingebunden sind. Dem sich daraus ergebenden Interessenkonflikt wirkt aber entgegen, dass die endgültige Entscheidung über die Ausgestaltung der Vergütung, einschließlich des

zugrundeliegenden Vergütungssystem, kraft Gesetzes der Hauptversammlung zugewiesen ist und zudem auch der Vorstand der Hauptversammlung einen Beschlussvorschlag unterbreitet.

3. Vergütungsbezogene Rechtsgeschäfte, Bestelldauer

Der Vergütungsanspruch des einzelnen Aufsichtsratsmitglieds ergibt sich aus dem kooperationsrechtlichen Verhältnis, das zwischen der Gesellschaft und dem Aufsichtsratsmitglied durch dessen Wahl in den Aufsichtsrat sowie die Annahme der Wahl zustande kommt und das durch die Satzung zur Aufsichtsratsvergütung ausgestaltet wird. Es bestehen dementsprechend keine auf die Aufsichtsratsvergütung bezogenen Vereinbarungen zwischen der Gesellschaft und den Aufsichtsratsmitgliedern.

Die Bestelldauer der Aufsichtsratsmitglieder regelt § 6 Absatz 2 der Satzung der Gesellschaft wie folgt:

„Die Bestellung der Aufsichtsratsmitglieder erfolgt für die Zeit bis zur Beendigung der Hauptversammlung, die über die Entlastung des Aufsichtsrats für das vierte Geschäftsjahr nach Beginn der Amtszeit beschließt. Das Geschäftsjahr, in dem die Amtszeit beginnt, wird nicht mitgerechnet. Die Hauptversammlung kann für Mitglieder der Aktionäre bei der Wahl eine kürzere Amtszeit bestimmen.“

Speziell für Nachwahlen von Aufsichtsratsmitgliedern, die für vorzeitig aus dem Aufsichtsrat ausgeschiedene Mitglieder nachgewählt werden bestimmt § 6 Absatz 3 der Satzung der Gesellschaft:

„Wird ein Aufsichtsratsmitglied anstelle eines vorzeitig ausscheidenden Mitglieds gewählt, so besteht sein Amt für den Rest der Amtsdauer des ausscheidenden Mitglieds.“

Eine Abberufung von Aufsichtsratsmitgliedern ist nach Maßgabe der jeweils anwendbaren gesetzlichen Bestimmungen möglich. Die Aufsichtsratsmitglieder können ihr Amt gemäß § 6 Absatz 4 der Satzung der Gesellschaft zudem unter Einhaltung einer Frist von zwei Wochen auch ohne wichtigen Grund durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats oder dem Vorstand niederlegen. Das Recht zur Niederlegung des Amtes aus wichtigem Grund werden hiervon nicht berührt.

4. Bestandteile, Höhe und Struktur der Aufsichtsratsvergütung

Nach den in der Satzung festgelegten Regelungen erhält jedes Mitglied des Aufsichtsrats eine feste jährliche Vergütung in Höhe von EUR 20.000. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats und sein Stellvertreter erhalten für den mit ihrer Tätigkeit verbundenen höheren Organisations- und Verwaltungsaufwand sowie ihre besondere Verantwortung für die erfolgreiche und effiziente Zusammenarbeit des Gesamtremiums – und im Einklang mit der Empfehlung in G.17 DCGK – eine erhöhte Vergütung. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats erhält EUR 60.000 und sein Stellvertreter EUR 40.000. Die Mitgliedschaft in einem Ausschuss wird nicht zusätzlich vergütet, sondern ist mit der vorgenannten Fixvergütung abgegolten.

Daneben werden den Mitgliedern des Aufsichtsrats Auslagen, die mit der Aufsichtsrats Tätigkeit zusammenhängen, sowie die auf die einzelne Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder gegebenenfalls entfallende Umsatzsteuer erstattet. Die Aufsichtsratsmitglieder sind insbesondere im Interesse der Gesellschaft in eine Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung für Organmitglieder einbezogen. Die Prämien werden von der Gesellschaft bezahlt.

Berlin, 29. Dezember 2021

WCM Beteiligungs- und Grundbesitz-Aktiengesellschaft